

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Stresemann sucht die Entscheidung.

Die mit großer Spannung erwartete heutige Reichstags-Sitzung wird mit kleiner Verspätung etwas nach 1/2 Uhr eröffnet. Reichstagspräsident Löbe teilt mit, daß er den Abgeordneten Remmele für 20 Tage ausgeschlossen und ihm das Betreten des Hauses verboten habe. Er kündigt an, daß er die Geschäftsverteilung in Zukunft strenger handhaben werde als bisher, da nach den gemachten Erfahrungen, die bisherige sehr milde Art der Geschäftsführung kaum noch die Zustimmung des Hauses finden dürfte. (Allgemeine Zustimmung; nur die Kommunisten unterbrechen den Präsidenten mit nicht übermäßig lauten Bemerkungen wie „Anerkennung, Verfassungsbruch, Zuchthaus“, die weiter keine Beachtung finden.)

Ueberraschender Weise wird von den Kommunisten zu der Erklärung des Präsidenten und der Ausschließung Remmeles das Wort nicht verlangt, so daß der Präsident sofort dem Reichskanzler das Wort erteilen kann.

Reichskanzler Dr. Stresemann beginnt seine Rede mit der Erklärung, es wäre ein Irrtum, anzunehmen, daß die Regierung einer Entscheidung über das Vertrauen oder Mißtrauen des Hauses zu ihr ausweichen wolle. Die Regierung wolle dieser Entscheidung nicht ausweichen, sondern suche sie. . . .

Im Aeltestenrat wurde heute mitgeteilt, daß der Reichskanzler Dr. Stresemann noch heute Klarheit über die Lage des Kabinetts haben wolle. Es wird deshalb damit gerechnet, daß noch in einer zweiten Sitzung, möglicherweise nach 12 Uhr nachts, die Abstimmung über die vorliegenden Mißtrauensanträge erfolgen muß.

Der wegen seines Betragens in der Dienstagssitzung des Reichstages auf die Dauer von 20 Sitzungen ausgeschlossene kommunistische Abgeordnete Remmele versuchte heute mehrfach, trotz dieses Ausschlusses in das Reichstagsgebäude zu gelangen. Er wurde daran jedoch durch die Beamten des Reichstages mit Erfolg gehindert.

Der Kadav, den die Kommunisten am Dienstag aufführten, hat für Herrn Dr. Stresemann den Vorteil, daß er dadurch noch eine kurze Frist der Ueberlegung gewonnen hat. Er wurde dadurch der Notwendigkeit enthoben, auf die beiden Oppositionsreden des Genossen Wels und des deutschnationalen Parteiführers Hergt sofort aus dem Stegreif antworten zu müssen. Der gestrige Vorschlag war in seiner Stille besonders dazu geeignet, für ihn ein Tag der Selbstbesinnung und der Einkehr zu werden. Sollte er aber diesen Tag nur dazu benutzt haben, eine glatte Rede vorzubereiten, die mit geschickten Worten über die vorhandenen sachlichen Gegenstände hinwegzugleiten versucht, so wird sich dadurch an der Entwicklung der Dinge nichts ändern.

Nach drei Richtungen hin wird die heutige Kanzlerrede mit besonderer Aufmerksamkeit geprüft werden müssen. Erstens, wird sie der Politik der „vorläufigen“ Preisgabe von Ruhr und Rhein eine glatte Absage erteilen und den Grundsatz verkünden, daß in der finanziellen Fürsorge für das besetzte und unbefetzte Gebiet kein Unterschied gemacht werden dürfe? Zweitens, wird sie ein klares Programm der Maßregeln enthalten, die ergriffen werden sollen, um die Autorität des Reiches in Bayern wiederherzustellen? Drittens, wird sie die Erklärung bringen, daß der militärische Belagerungszustand aufgehoben ist?

Aus der Rede des Genossen Wels geht klar hervor, daß eine Regierung, die in diesen drei Punkten keine befriedigende Aufklärung zu geben vermag, mit der entschiedenen Gegnerschaft der Sozialdemokratie zu rechnen haben wird.

Zur Frage des Belagerungszustandes erklärt das „Berliner Tageblatt“:

Es wird zu prüfen sein, ob jetzt, nach Durchführung der Reichswehraktion in Sachsen und in Thüringen, nach der Niederschlagung des kommunistischen Aufstandes in Hamburg, der Ausnahmezustand für das Reichsgebiet außerhalb Bayerns noch aufrechterhalten werden muß. Wir sind der Ansicht, daß diese Notwendigkeit nicht mehr besteht, und daß die Verordnung des Reichspräsidenten jetzt aufgehoben werden kann.

Diese Aeußerung eines demokratischen Blattes kann uns nur in der Auffassung bekräftigen, daß die Hartnäckigkeit, mit der die gegenwärtige Reichsregierung bisher am Belagerungszustand festgehalten hat, unverständlich und geradezu selbstmörderisch ist.

Die Gerüchte von einer bevorstehenden Auflösung des Reichstages sind verstimmt. Desto eifriger beschäftigt man sich mit der Frage, wer das Erbe des Kabinetts Stresemann antreten wird. Die Sozialdemokratie hat keinen Anlaß, sich zu dieser Frage vornehmlich zu äußern. Wie sie zu einer Rechtsregierung stehen würde, weiß man. Im übrigen wird sie sich in ihrer Haltung zu der künftigen Regierung, ebenso wie gegenüber allen früheren, nach rein sachlichen Gesichtspunkten orientieren. Fällt Stresemann, so hängt es von der Entscheidung der Mitte ab, was weiter werden soll.

Der Führer der Deutschnationalen, Hergt, entwickelte am Dienstag im Reichstag ein Programm, das man als das offizielle Programm der Deutschnationalen Volkspartei ansehen mußte. Er sagte, seine Partei beabsichtige, wenn sie die Regierung übernehme, durchaus nicht, einen Streit um die

Staatsform vom Zaune zu brechen; sie wünsche nicht, daß das Parlament nicht existiere, daß es dauernd noch laufe geschickt werde und daß es ohne Parteien gehe. Die Deutschnationale Volkspartei beanspruche auch keineswegs eine einseitig deutschnationale Regierung. So Herr Hergt. Graf Westarp dagegen führte auf einem Kreisparteitag seiner Partei u. a. aus:

Die in den drei gefährten Karren kann heute keine Parteiregierung oder Koalition mehr herausbringen. Das kann nur noch eine Regierung mit diktatorischer Vollmacht. Wie sie zustande kommen wird, darüber hier näheres zu sagen, muß ich mir versagen. Das aber versichere ich, wir haben das Ziel fest im Auge. Die tatsächlichen Mittel zu unserem Ziel, der Regierung mit diktatorischen Vollmachten zu kommen, auszuwählen, müssen Sie uns überlassen. Daß wir daran arbeiten, Tag für Tag, das versichern wir Sie.

Es ist bekannt, daß in der Deutschnationalen Volkspartei zwei Gruppen miteinander im Kampf liegen. Die eine sucht Anschluß an die bürgerlichen Rechtsparteien, die andere möchte das ganze parlamentarische System in Klump schlagen und eine Diktatur von Gnaden der Deutschnationalen Partei errichten. Ob Herr Hergt, der offenbar der gemäßigten Richtung angehört, als Ministerpräsident mit der Opposition in seiner eigenen Partei mehr Glück haben würde als Stresemann, mag dahingestellt bleiben.

Kunmehr ist einwandfrei festgestellt, worauf der Wutausbruch der Kommunisten Roenen und Remmele in der Dienstag-Sitzung des Reichstages zurückzuführen war: es war die Anwesenheit des Oberregierungsrats Weiß von der Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums.

Durch diese Feststellung bekommt der Vorgang ein besonderes Gepräge. Dieser selbe Oberregierungsrat und dieser selbe Kommunist Roenen haben am 7. November vorher beim Festessen zur Erinnerung der Errichtung der Sowjetrepublik sich an demselben Tische an den lukullischen Genüssen gelabt, welche die Räterepublik ihnen bot. Ja, es ist wirklich so: das Hamburger Pflaster war noch gerötet von dem Blut der armen Proletarier, die von den Kommunisten in den Tod gejagt waren, da sah Herr Roenen friedlich im gleichen Raum mit dem Polizeirat Weiß, mit dem früheren Staatskommissar für die öffentliche Ordnung Weismann, mit dem Reichskommissar für öffentliche Ordnung Kunzer, denen sie draußen vor dem Publikum an den Hals springen möchten, und mit denen sie drinnen Bekereien von Fasan bis Gänsebraten, Eis und kostbaren Torten, Wodka und Bier verzehrten, die in einer Fülle geboten wurden, daß den Arbeitern die Augen übergehen würden.

Und dann führen sie im Reichstag die Komödie auf, die bestimmt ist, ihre eigenen Anhänger über ihr wahres Gesicht hinwegzutäuschen!

Dollarkurs unverändert.

Eine Goldmark = 1 Dillion.

Die Einigung der Entente bildete an der heutigen Börse den Gegenstand lebhafter Erörterung. Im allgemeinen ist man ziemlich pessimistisch gestimmt, wenn auch der immerhin mögliche englische Einfluß nicht zu unterschätzen ist. Die New Yorker Marktparität beträgt 5 Billionen für den Dollar. Infolgedessen wurden die Devisenkurse unverändert festgesetzt, der Dollar mit 4,2 Billionen bei 1 Prozent Zuteilung, die übrigen Valuten mit geringfügigen Veränderungen, ebenfalls mit 1-2 Proz. Repartierung.

Die Forderungen der Alliierten.

Paris, 21. November. (W.T.B.) Die Noten der Botschafterkonferenz über die Wiederaufnahme der Militärkontrolle in Deutschland und die Rückkehr des ehemaligen Kronprinzen sind dem deutschen Geschäftsträger Botschaftsrat v. Hoersch heute abend 9 Uhr überreicht worden.

Die Note der Botschafterkonferenz an die deutsche Regierung betreffend die Wiederaufnahme der Militärkontrolle hat folgenden Wortlaut:

Die alliierten Regierungen nehmen Kenntnis von der Erklärung der deutschen Regierung, daß sie keineswegs die Absicht habe, die Verpflichtungen zu verweigern, die sich für sie aus dem Friedensvertrag von Versailles ergeben. Sie stellen jedoch fest, daß die deutsche Regierung nichtsdestoweniger darauf beharrt, tatsächliche Gründe anzuführen, um sich in der Praxis

der Ausübung der Militärkontrolle zu entziehen.

Die deutsche Regierung fügt sich diesmal nicht mehr auf die Wirkung belgischer und französischer Offiziere an den Kontrolloperationen, um diese unmöglich zu machen, aber sie erklärt, daß die Wiederaufnahme der Operationen geeignet sei, die inneren Schwierigkeiten zu vergrößern, und daß sie unvermeidlich Zwischenfälle hervorrufen würde.

Die Botschafterkonferenz muß zunächst bemerken, daß die Kontrolloperationen seit vielen Monaten unterbrochen waren, und daß sie nicht notwendig habe, auf den Ernst einer solchen Lage hinzuweisen. Die Verlängerung eines solchen Zustandes könnte sie um so weniger zulassen, als sie Gründe habe, sich zu fragen, ob die Hindernisse gegen die Erfüllung der Aufgaben der Kontrollkommission nicht gerade

die Entwicklung dieser beunruhigenden Elemente begünstigen

und infolgedessen zur Erhöhung der Schwierigkeiten beigetragen hätten, über die sich die deutsche Regierung beschwert. Die alliierten Regierungen können übrigens nicht zulassen, daß die Wiederaufnahme der Kontrolloperationen an sich eine neue Quelle für Schwierigkeiten oder eine Ursache für Zwischenfälle darstellt. Nicht nur würde ein gut Teil der Operationen infolge ihrer Art unter Bedingungen ausgeführt, die keinen Vorwand zu Zwischenfällen liefern, sondern die Kontrollkommission habe immer — das wisse die deutsche Regierung selbst — im Interesse der Erfüllung ihrer Aufgaben sich bemüht, die Aufgaben der deutschen Behörden zu erleichtern, und man könne sich auch in Zukunft auf ihren Takt verlassen. Unter diesen Umständen sehen sich die alliierten Regierungen in die Notwendigkeit versetzt, das Recht auszuüben, das der Militärkontrollkommission sowie dem Garantiekomitee für die Luftschiffahrt zusteht. Die Kontrollkommission und der Garantiekommitee hätten übrigens jede Möglichkeit festzustellen, welches die Operationen seien, deren Ausführung im Augenblick durchführbar und notwendig erscheine. Die alliierten Regierungen erinnern die deutsche Regierung daran, daß jedesmal, wenn die Kontroll- und Ueberwachungsorgane ihre nach den bestehenden Regeln notifizierten, daß sie zu einem Besuch schreiten wollten, die deutsche Regierung die absolute Pflicht habe, gemäß Art. 206 des Friedensvertrages der Interalliierten Kontrollkommission und ihren Mitgliedern alle notwendigen Erleichterungen für die Erfüllung ihrer Aufgabe zu geben. Infolgedessen hätten die alliierten Regierungen beschlossen, daß die Tätigkeit der Militärkontrollkommission und die Ueberwachung der Luftschiffahrt

unverzüglich unter den Bedingungen wieder aufgenommen

würden, die der deutschen Regierung durch die Vorsitzenden der Kontrollkommission und des Garantiekommitees für die Luftschiffahrt mitgeteilt würden. Im Falle dieser Operationen auf die Obstruktion der deutschen Behörden oder deutscher Staatsbürger stoßen würden, behielten sich die alliierten Regierungen das Recht vor, die Maßnahmen zu ergreifen, die ihnen geeignet erschienen, die Ausführung des Versailler Vertrages sicherzustellen.

Die zweite Note, betreffend die Rückkehr des ehemaligen Kronprinzen, stellt fest, daß die deutsche Regierung der Botschafterkonferenz auf die am 9. November gestellte Frage mitgeteilt habe, daß der Vertreter Deutschlands in Holland beauftragt wurde, dem ehemaligen Kronprinzen einen Paß zur Rückkehr nach Deutschland auszustellen. Die verbundenen Regierungen hätten Kenntnis von den Erklärungen genommen hinsichtlich der Verzichtleistung des ehemaligen Kronprinzen auf den Thron von Preußen und auf die deutsche Kaiserkrone sowie von der formellen Verpflichtung, die die deutsche Regierung übernommen habe, die

Rückkehr des ehemaligen Kaisers

nach Deutschland nicht zu erlauben. Sie stellten fest, daß durch die Mitteilung des Thronverzichts vom 1. Dezember 1918 die deutsche Regierung bekanntgegeben habe, daß sie sie für gültig ansehe und ihre Annullierung nicht dulden werde. Die Note fährt dann fort:

Die alliierten Regierungen stellen fest, daß die deutsche Regierung, die, um sich den Verpflichtungen der Kontrolle, die sich aus dem Versailler Vertrage ergeben, zu entziehen, die Schwierigkeiten der inneren Lage und den beunruhigenden Zustand, der sich daraus ergibt, angeführt hat, trotzdem die Rückkehr des ehemaligen Kronprinzen gestattet hat. Es kann ihr nicht unbekannt sein, daß seine Anwesenheit in Deutschland geeignet ist, für Deutschland

ernste Komplikationen

hervorzurufen, nicht nur innerpolitische, sondern auch in außenpolitischer Hinsicht. Unter diesen Umständen sehen sich die alliierten Regierungen gezwungen, der deutschen Regierung zu erklären, daß sie sie in vollem Maße verantwortlich machen für die Folgen, die sich aus der Tatsache ergeben können, daß sie dem ehemaligen Kronprinzen gestattet hat, in Deutschland Aufenthalt zu nehmen. Die alliierten Regierungen glauben, die ganze Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf die Gefahren lenken zu müssen, die sich aus dieser Lage ergeben können, und die möglicherweise die alliierten Regierungen zwingen könnten, sich über die Maßnahmen zu verständigen, die geeignet sind, ihnen entgegenzutreten.

Von einem parteigebundenen Richter werden wir in einer Zuschrift darauf hingewiesen, daß entgegen unseren Ausführungen in dem Artikel „Der letzte Deutsche“ die Reichsregierung auch formaljuristisch die Möglichkeit gehabt hätte, die Rückkehr des Kronprinzen zu verweigern. Sie brauchte lediglich den § 23 des Republikstiftungsgesetzes in Anwendung zu bringen. Jedemfalls wird man sich diese Tatsachen merken können für den Fall, daß der „letzte Deutsche“ die Reizung zeigte, dem Beispiel seines Sohnes zu folgen.

Kahr gegen Knilling.

Wer wird Sieger in dem Vorkampfe?

Nach außen hin ist Ruhe in Bayern eingetreten, wenn auch die Aufspaltung der Deutschpöhlischen Offiziere vom Deutschen Offiziersbund und der Erklärung Ludendorffs, von allen Offiziersvereinigungen auszuschließen, sowie eine neue Darstellung der bayerischen Regierung über die Vorgänge nach der Bürgerbräunacht, in der die Deutschpöhlischen als die Angreifer hingestellt werden und Ludendorffs Verhalten in ein noch ungünstigeres Licht gesetzt wird, nur zu deutlich zeigen, daß in der Ordnungszelle auch heute noch lange nicht alles in Ordnung ist. Der eigentliche Kampf wird aber hinter den Kulissen ausgefochten. Der Gegensatz zwischen dem Diktator Kahr und der rechtmäßigen Regierung Knilling läßt sich nicht mehr überbrücken. So läßt Kultusminister Matt, dessen Veröffentlichungen gegen Ludendorff nicht nur dem ehemaligen Generalfeldmarschall, sondern auch Kahr sehr unangenehm waren, eine neue Erklärung gegen Ludendorff, in der er sagt, daß durch den nationalrevolutionären Putsch in München ein tödlicher Schlag gegen Bayern und seine mühsam aufgebaute Staatsregierung geführt wurde, der zudem nicht vom eigenen Lande verschuldet, sondern von Leuten heraufbeschworen wurde, die das Staatsrecht und die ruhigen Verhältnisse Bayerns zu ihren Plänen mißbrauchten. Die Erklärung schließt mit dem Bedauern, daß General Ludendorff aus dem Sonnenlicht seines Kriegesruhmes in das Kampfenlicht der Revolution getreten ist. Da Herr Kahr an dem Ludendorff-Putsch keineswegs so unschuldig ist, wie er und seine Anhänger in Preußen es heute wahr haben möchten und da das in Bayern allgemein bekannt ist, richtet sich dieser Schlag gegen Ludendorff ebenso sehr gegen den Diktator Kahr, der die deutschpöhlische Bewegung, solange es nicht brenzlich war, durch seinen Namen und mit den Geldern des Staates deckte.

Nach dieser ist aber eine andere Angelegenheit. Die Regierung Knilling hätte vor einigen Tagen erklären lassen, Bayern denke nicht daran, eigenes Geld herauszugeben. Das paßt dem Diktator Kahr ganz und gar nicht in den Plan. Hats über Kopf läßt er bayerische Dollarschaganweisungen herausgeben, für die der bayerische Staat „mit seinem gesamten Vermögen und allen seinen Einkünften“ haften soll. Das ist natürlich eine Phrasen. Tatsächlich wird durch diese Ausgabe nur an die Stelle der Reichsinflation die blaumünzige Inflation gesetzt. Selbstverständlich weiß dies auch der Diktator und schon jetzt wird die Nachricht rühmig verbreitet, daß Herr v. Kahr in allerhöchster Zeit auf irgendeine Art (Sparmaßnahmen und Erschließung neuer Einnahmequellen) zur Deckung seines Notgeldes vorgehen wird. Man hört auch bereits von angeblich ausgearbeiteten Plänen in dieser Richtung, die auf diktatorischem Wege auch gegen Regierung und Parlament in die Tat umgesetzt werden sollen. Daß damit der offene Konflikt zwischen Diktator Kahr und der rechtmäßigen Regierung Knilling zutage tritt, ist klar. Es geschieht vielleicht nicht gegen den Willen Kahrs, wenn schon vor einigen Tagen von gewisser Seite die Behauptung ausgeht, daß die Regierung Knilling sei amtsüde. Sollte die Regierung Knilling im Hauskampf mit Kahr tatsächlich unterliegen, so würde das eine glatte Kapitulation der Bayerischen Volkspartei vor den Machtgelüsten eines Mannes bedeuten, durch dessen Schuld in Bayern alles durcheinander gekommen ist und der in den entscheidenden Tagen eine sehr dunkle Rolle gespielt hat.

München, 22. November. (WIS.) Der ständige Ausschuß des bayerischen Landtags ist auf den 28. November einberufen worden.

Das vor einiger Zeit erlassene Verbot der „Allgemeinen Zeitung“ und der im gleichen Verlag erscheinenden „Sonntagszeitung“ wurde vom Generalkommissar außer Wirksamkeit gesetzt, so daß diese Blätter wieder erscheinen dürfen. Vom Generalkommissar wurde die Wochenschrift „Fridericus“ wegen Wiedergabe einer Unterredung der Schriftleitung mit General Ludendorff auf drei Wochen verboten. Wie der „Miesbacher Anzeiger“ erfährt, ist Dietrich Eckardt, einer der einflussreichsten Führer der Nationalsozialisten, in München verhaftet worden. Die Verhaftung scheint mit den Vorgängen in München zusammenzuhängen.

Kedensarten von heute.

Von Egon H. Straßburger.

Der Wortschatz von heute reduziert sich mehr und mehr; bald hat Deutschland nur noch einige Duzend Kedensarten, mit denen es sich zu verständigen vermag.

Die Welt des deutschen Idioms ist eng umzirt durch die ewigen Wagenfragen, durch die Schwere der Lebensbedingungen, durch die hermetische Abgeschlossenheit von dem Wohlstand anderer Völker.

Wir wursteln uns in trostloser Einförmigkeit mit ewig denselben Seufzern und Flüchen weiter. Ein Ausländer wird bald Reihhaus nehmen, wenn er nur immer das Wort Margarine und Brot vernimmt; wenn er ein immer und immer weiterzählendes Volk sieht, das unter der schweren Bürde zusammenbricht und langsam verhungern muß.

Mit dem Seufzer: „Wenn ich nur tot wäre!“ erwacht der Deutsche; mit dem Seufzer: „Bisheut wache ich morgen nicht mehr auf!“ schläft er ein. Und vom Strich, der allerdings unbezahlbar heute ist, erzählen wir uns täglich: „Ich nehme einen Strich und hänge mich daran auf!“

„Wissen Sie schon, was morgen die Schrippe kostet?“ begrüßt Frau Meier Frau Müller. Und die Müller erwidert: „Aber Sie ahnen nicht, was ich für ein Hund Laib bezahlt habe!“

„Wie soll das nur enden?“ fragt der Sekretär den Kaufmann. „Für Sie nicht so schlecht als bei mir!“ „Aber wie?“ — „Weil Sie immer Ihr Tischlein deck' dich dastehen haben... Als Beamter der deutschen Republik.“

„Ob die Goldmünze sicher ist?“

„Man heßt! Haben Sie weiche zu verkaufen?“

„Nein, aber einen Gulden.“

Die Tagesgespräche von Millionen Menschen.

Dann und wann erwacht die Liebe zur Kunst:

„Sie haben doch einen Schwager, der im Theater Portier ist?“

„Ja, und was soll er?“

„Das Theater ist so teuer... Haben Sie nie zwei Freikarten?“

„Bisheut wollen Sie auch die Garderobe frei und die Elektrische?“

„Wen's geht!“

Zu Hause klappt die treusorgende Gattin:

„Mann, ich brauche wieder Geld!“

„Ich habe keines, Frau!“

„Bon was sollen wir denn leben?“

Und eine Stunde später: „Hier... nun bekomme keinen Herzschlag — die Gasrechnung!“

„Wenn die Goldmünze eingeführt wird, nehme ich mir's Leben.“

„I wo... so töricht...! Kein Mensch bezahlt... Gold auf dem Papier!“

Und weil wir wieder einmal von Gold reden: „Ein Anzug nach Maß 150 Goldmark! Geschenk geradezu.“

Was die Reichswehr verbietet.

Eine Verfügung des Generals Müller.

Dresden, 22. November. (Eigener Drahtbericht.) Der „Dresdener Volkszeitung“ ist vom Wehrkreiskommando IV folgende Verfügung zugegangen:

„Die Herstellung und der Vertrieb der „Dresdener Volkszeitung“ — Organ der Vereinigten Sozialdemokraten in Dresden — wird hiermit auf die Dauer von 10 Tagen verboten. Von diesem Verbot werden auch alle etwa unter einem anderen Namen oder in anderer Form erscheinenden Fortsetzungen dieser Zeitung, alle Kopf- und Erlösblätter umfasst. Zusammenfassungen gegen das Verbot, der Anreiz oder die Aufforderung zu Zusammenfassungen werden mit Gefängnis oder Geldstrafe bis zu 1500 Goldmark bestraft.“

Begründet wird das Verbot mit einem Artikel der „Volkszeitung“, der in Wirklichkeit kein Artikel war, sondern Ausschreitungen, die verschiedene Reichswehrtelle in Sachsen sich zuschulden kommen ließen, in einer chronologischen Ordnung und unter knapper Formulierung der Tatsachen zusammenstellte. Einer Abordnung der „Dresdener Volkszeitung“ erklärte General Müller, daß diese Tatsachenzusammenstellung im Widerspruch zu einer Zensurverordnung stehe, wonach jeder Bericht über Anwendung der Waffe durch die Reichswehr der Zensur unterliege und daß hier die Absicht der Aufreizung vorliege. Von den Vertretern der „Dresdener Volkszeitung“ wurde erwidert, daß die Zeitung nicht boshaft könne, wenn die Tatsachen, um die es sich hier handele, derart aufreizend seien, und daß sich ja General Müller selbst genötigt gesehen habe, eine Verfügung an die Truppenteile des Wehrkreiskommandos IV ergehen zu lassen, in der er sich über den Mangel an Disziplin beklagt, Mißhandlungen unterlag und ein besseres Verhältnis zur Bevölkerung fordert. Die Zensurverordnung könne auch nicht herangezogen werden, da hier nur Vorgänge zusammengestellt worden sind, über die in der Presse bereits ausführlich berichtet wurde. An der Haltung der Zeitung könne das Verbot mithin nichts ändern.

Das Verbot der „Dresdener Volkszeitung“ ist deswegen unerhört, weil die „Dresdener Volkszeitung“ das einzige Dresdener Blatt ist, das mehrsprachig und in dringender Form die Arbeiterschaft vor irgendwelchen Verzweiflungsausbrüchen und Zusammenstößen mit der Reichswehr gewarnt und aufgefordert hat, sich von ihrer ruhigen Haltung auf keinen Fall abbringen zu lassen.

Sozialdemokratische Beamte bestraft.

Dresden, 22. November. (Eigener Drahtbericht.) Das Wehrkreiskommando hat den Polizeipräsidenten Meute seines Amtes enthoben, ebenso 5 führende Polizeioffiziere und 13 Regierungskommissare.

Zeigner verhaftet.

Planmäßige Hege gegen die Sozialdemokratie.

Zu der Nacht zum Mittwoch ist der frühere schlesische Ministerpräsident Dr. Zeigner in seiner Wohnung verhaftet worden. Der Leipziger Oberstaatsanwalt hatte den Haftbefehl ausgestellt, nachdem ihm vom Justizminister die Angelegenheit zur persönlichen Bearbeitung übertragen war. Dr. Zeigner wurde nachts im Kraftwagen nach Leipzig gebracht und ins dortige Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

Wie zu erwarten war, wird der Fall Zeigner jetzt zu einer allgemeinen nichts-würdigen Hege gegen die Sozialdemokratie benutzt. Bisher handelt es sich noch nicht um erwiesene, sondern nur um behauptete Verfehlungen. Erst das öffentliche Gerichtsverfahren wird hoffentlich volle Klarheit bringen, nachdem auch dem Beschuldigten ausreichende Gelegenheit gegeben ist, über die Einzelheiten der Beschuldigungen sich zu äußern und möglicherweise die Angaben der Beschuldigten durch Gegenmaterial zu entkräften. Wir hoffen im Interesse der Partei und Dr. Zeigners selbst, daß es ihm gelingen möge, vor Gericht zu erweisen, was er in seiner Erklärung in der Presse behauptete, daß es sich um haltlose Beschuldigungen handele.

Die Verhaftung wird von einem gewissen Teil der Presse in so auffälliger Art veröffentlicht, als ob es gegenwärtig in Deutschland nichts wichtigeres gäbe. Man merkt die Absicht dabei nur allzu deutlich. Im „Tag“ werden dazu in breiter Ausdehnung alle möglichen Einzelheiten aus dem politischen und persönlichen Leben

Zeigners zusammengestellt und versucht, in der Person Zeigners die ganze Sozialdemokratie zu treffen. Das wird jedoch nicht gelingen. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat befanntlich auf Grund der ersten Berichte von dem bevorstehenden Verfahren Dr. Zeigner selbst aufgefordert, sein Mandat niederzulegen, damit unter Beseitigung der Immunität ein völlig objektives Untersuchungsverfahren ermöglicht werden kann. Die Partei hat gar nichts zu verheimlichen. Und selbst wenn sie sich in Zeigner getäuscht hätte und durch ihn getäuscht worden wäre, so wäre das eine Episode im großen politischen Kampfe, die bedauerlich ist, aber die an der Größe und Reinheit der Gesamtbewegung gar nichts ändert. Die Deutschnationalen haben am allerwenigsten Ursache, aus diesem Zwischenfall ein großes Aufsehen zu machen. Denn noch ist der Fall Hammerstein auch im deutschen Publikum nicht vergessen, der den alten Konserativen heimlich genug gewesen ist. Jener altpreussische Junker von Hammerstein, der als Chefredakteur der „Kreuzzeitung“ einer der lauteften Rufer im Kampfe für Religion, Sittlichkeit und Ordnung und gegen die Sozialdemokratie war, verschwand eines Tages plötzlich aus dem Reichstag und aus seiner Redaktion, weil ein Gerichtsverfahren gegen ihn anhängig gemacht wurde, das ihn der Wechselschuldungen, der Unterschlagung und des Meineides bezichtigte. Von Griechenland ausgeliefert, wurde dieser Ehrenmann dann von deutschen Gerichten zu mehrjähriger Zuchthausstrafe verurteilt, nachdem vorher schon dem antisemitischen Junker seine jüdische Geliebte verschickt hatte: „Komödianten seid Ihr doch alle!“

Wenn es den Reaktionen aller Grade Spaß macht, sind wir gern bereit, aus dem Sündenregister ihrer Parteianhänger eine ganze Serie von ähnlichen Fällen zusammenzustellen. Wir verzichten vorläufig darauf, weil es besserer zu tun gibt. Aber wir müssen es uns verbitten, daß aus dem Fall Zeigner, der gegenwärtig im Mittelpunkt der gerichtlichen Untersuchung ist, allgemeine moralische Vorwürfe gegen die Sozialdemokratie hergeleitet werden.

Voraus es bei dieser ganzen Hege ankommt, ist ja durch die an anderer Stelle mitgeteilte Verfügung des Wehrkreiskommandos in Dresden zu erkennen, nach der der sozialdemokratische Polizeipräsident und eine Reihe von führenden Polizeibeamten ihrer Stellung enthoben werden. Der Militärbefehlshaber von Dresden benutzt seine vorübergehende Gewalt, die möglicherweise schon im Laufe dieses Monats zu Ende führen könnte, dazu, unter den sozialdemokratischen Beamten „auszuräumen“. Wenn man auch zugeben muß, daß die Herren in ihrem Vorgehen konsequenter sind, als die sozialdemokratischen Revolutionsbehörden von 1918 es waren, so spricht das doch nicht für die Rechtmäßigkeit und politische Zweckmäßigkeit ihrer gegenwärtigen Anordnungen. Aber der Staub, den die reaktionäre Presse aus dem Fall Zeigner aufwirbelt, hat doch schließlich nur den Zweck, diese und ähnliche Maßnahmen mit einem Schein moralischen Rechtes zu umkleiden.

Die Sozialdemokratie allerdings stirbt nicht an solchen Maßnahmen. Sie wird höchstens festzustellen haben, daß der Versuch, eine demokratische Regierungs- und Verwaltungsmethode in Deutschland zu schaffen, noch bei weitem nicht energisch genug durchgeführt ist und daß nach der Zeit dieses Belagerungszustandes die volle Gewalt in ganz anderer Weise als bisher republikanisch besetzt werden muß. Daß man in Sachsen diesen Versuch energisch betrieben hat, ist einer der Hauptvorwürfe, die gegen Zeigner erhoben worden und deshalb ist der Kriminalprozeß gegen ihn der reaktionären Presse eine so willkommene Beute.

Die Ueberteuering.

Die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels erklärt in einer Entschliessung, die überhöhten Grundpreise in Gold nicht abbauen zu können, da die Lieferanten dem Einzelhandel die Papiermark gar nicht oder nur, nach den Richtlinien des Reichsverbandes der deutschen Industrie, zu ungünstigen Kursten abnehmen. Die Rißkopfschläge sollen bestehen bleiben, solange die Papiermark nicht zu festem Kurs umgetauscht werden kann oder die Lieferanten nicht gezwungen werden, Waren zu „Goldgrundpreisen“ im Verhältnis zum Friedenspreis gegen Papiermarkannahme herauszugeben. Interessant ist das Befindnis des Einzelhandels, Rißkopfschläge zu nehmen, die 500 bis 600 Proz. höher sind als die Friedenspreise. Hier sollte das Kartellgesetz in Erscheinung treten.

„Man muß ihn erst verdienen.“
„In dem Leben kann ich mir keinen mehr leisten.“
Aber am Stammtisch tanneglehert die Runde:
„Wir müssen uns erst ganz rechts wenden, dann muß Benin Ordnung schaffen, oder umgekehrt.“
„Herr Ober, noch eine Weishe... a propos, was kostet sie?“
„Dreißig Pfennige, Herr Rat.“
„Da ist guter Rat teuer...“
„Früher einen lumpigen Groschen.“
„Was heißt früher...? Da haben wir auch den Krieg noch nicht verloren gehabt.“
„Aber einem geht's gut.“
„Wem? Ich kenne nur die Neureichen.“
„Dem Herrn in Doorn.“
„Kann man es wissen?... Das Schicksal gab ihm im Alter noch eine junge Frau!“

Die Krebskrankheit.

Unter den vielen Krankheiten, die den Menschen zu Tode quälen, steht der Krebs mit an erster Stelle. Nicht ein rasches, schmerzloses Ende ist dem armen Krebskranken beschieden, nein, Monate, selbst jahrelang stehen sie dahin, magern zum Skelet ab und können doch nicht sterben. Dabei verursacht der Krebs selbst nicht nur gar oft heftige Schmerzen, es entsteht auch durch die eiternde Zerlegung in der Geschwulst ein pestilenzartiger Geruch, der dem Kranken und noch mehr den pflegenden Angehörigen zur Pein wird. Leider sind in der ersten Zeit die Krebskranken frei von Schmerz! Das ist nicht hoch, sondern ein Wort des Mittelalters! Würde die Krebsgeschwulst wie ein Furunkel oder ein hohler Zahn schon im Beginn des Entstehens Schmerzen verursachen, der Kranke käme rechtzeitig zum Arzte und könnte von seinem Leiden befreit werden. So aber kümmert er sich nicht um die kleine Geschwulst, die unbedeutende Blutung, und wenn dann endlich der Schmerz sich einstellt, ist die Geschwulst oft schon unheilbar!

Was die eigentliche Ursache der Krebsgeschwulst ist, ein Gift, ein Reizstoff oder ein wirklicher Krebsparasit, darüber kann die ärztliche Wissenschaft noch keine feste Antwort erteilen. Aus diesem Grunde ist auch die Heilbehandlung noch nicht so fortgeschritten, wie andern Krankheiten gegenüber. Es sind drei Mittel, die zur Bekämpfung der Krebsgeschwulst angewandt werden: Das Messer, die Röntgenstrahlen und das Radium. Je früher der Kranke sich in Behandlung begibt, desto sicherer wird mit einem dieser Mittel oder durch deren wechselseitige Anwendung die Geschwulst zerstört. In fortgeschrittenen Fällen bleibt der Krebs nicht mehr auf die Ausgangsstelle beschränkt, sondern hat überall im Körper durch seine Tochterzellen neue Kolonien gegründet. Diese „Metastasen“ sind dann, wenn sie in besonders lebenswichtigen Organen sich gebildet haben, noch verhängnisvoller als die Ausgangsgeschwulste.

Auf der äußeren Haut entwickelt sich der Krebs besonders leicht, auf dem Boden von alten Narben oder an solchen Stellen, wo

chemische Stoffe lange Zeit die Haut reizen, wie bei Schornsteinfeger und Knillnarbeitern. Auch Muttermole und Warzen können krebsig werden. Am bekanntesten ist wegen seiner Häufigkeit der Brustkrebs der Frauen. Jede beginnende knötliche Verhärtung in der Brustdrüse ist auf Krebs verdächtig! Auch andere Organe des weiblichen Körpers werden gar oft vom Krebs befallen, vor allem die Gebärmutter. Das erste Zeichen hierfür ist blutigwässriger Ausfluss oder eine Blutung, die nicht als Periode angesehen werden kann. Auch hier stellt sich der Schmerz erst im späteren Verlauf der Erkrankung ein. Darum muß jeder Frau der dringende Rat gegeben werden, eine unregelmäßige Blutung nicht leicht zu nehmen, sondern sofort darüber den Arzt zu befragen. Von den krebsigen Erkrankungen des Verdauungstraktes ist der Magenkrebs der häufigste. Aber auch an den Lippen und an der Zunge entstehen nicht selten Krebsgeschwüre, zumal bei Pfeifenrauchern und bei Leuten, deren scharfe Rohrwurzel ständig eine Verletzung der Zunge verursachen. Der Magenkrebs unterscheidet sich im Beginn kaum von einem gewöhnlichen Ulcus ventriculi. Allmählich nimmt das Aussehen, die Uebelkeit, der Widerwille gegen Fleisch immer mehr zu und der Kranke magert zusehends ab. Im Endstadium finden sich braune, kaffeeartige Massen, das ist geronnenes Blut, das vom Geschwür herrührt. Aber viel früher schon hätte die Untersuchung des Mageninhalts mit chemischen Mitteln und die Röntgenuntersuchung die Diagnose Krebs ergeben. Wenn erst starke Geschwürsbildungen auftreten, ist es oft schon zu spät zur Operation. Der Darmkrebs bedingt Stuhlverstopfung, die von Durchfällen abgelöst wird und durch die Verengung des Darmrohres verursacht ist. Blut im Stuhl darf nicht immer auf Hämorrhoiden zurückgeführt werden, vielmehr ist eine genaue Untersuchung dringend geboten. Darum auch hier: So rasch als möglich zum Arzt! Je früher die Krebsgeschwulst noch ist, desto größer ist die Aussicht auf völlige Entfernung aus dem Körper und auf Wiederherstellung der so schwer bedrohten Gesundheit.

Moderne Kunst auf der Volksschne. Die Bedeutung, die der neue rhytmische Bewegungsstil für die Entwicklung der Ballettkunst ermonnen hat, hat, wie wir hören, auch die Volksschne veranlaßt, diesen Kunstgattung einbehaltende Beachtung und Pflege anzuwenden zu lassen. Vom Beginn des nächsten Jahres an soll an Sonntag-Mittagen eine Reihe von Vorführungen moderner tanztänzerischer Schöpfungen auf der Bühne des Theaters am Wiltonial angeordnet werden. Im Januar wird Titta Klant mit ihrer Tanzgruppe eine Probe ihrer aufregenden, großartig erfinden Kunst geben; im Februar soll der amulische Schillererigen der serbischen Meisterin Claudia Jaksicanka auftreten, in deren Stil die dekorativen Reize des russischen Balletts mit modernem Ausdruckswillen sich vereinen; für den März ist das stärkste und eigenartigste unter den jüngerer Tänzern der russischen Tanzbühne, Seni Riesenstahl, für eine Wollme in Aussicht genommen.

Noviceabend der Stadtbühne Charlottenburg. Josef Fonten hielt heute abend 8 Uhr im Hotel „Wilmerdorfer Straße 184/87, seine Rede „Die Uhr von Gold“. Eintrittspreis: Betrag einer Straßenbahnfahrt.

Bayern vor dem Reichstagsausschuß.

Der Reichstag hat Anfang Oktober einen kommunistischen Antrag auf Aufhebung des bayerischen Belagerungszustandes dem Rechtsausschuß überwiesen. Am Dienstag wäre ihm fast ein Begründungsbericht zuteil geworden, denn die Kommunisten fanden es nicht für nötig, zu erscheinen und ihren eigenen Antrag zu begründen. Nur dadurch, daß Genosse Rosenfeld den Antrag für die B.S.P.D. ausnahm, ermöglichte eine Beratung.

Genosse Vogel legte in eingehenden, sachlichen Ausführungen die ganze Unhaltbarkeit und einseitige Handhabung des bayerischen Belagerungszustandes dar. Angesichts gegenüber den Rechtsausschüssen fand er bis zur Stunde nur Anwendung der Art. 48 des Grundgesetzes. Der Generalkommissar Kahr bildete sich ein, Bismarck nachzulesen zu sollen, wolle jedoch als höchst komische und lächerliche Figur. Die bisherige Haltung der Reichsregierung sei tendenziös, und die Auffassung Stresemanns in seiner Rede vom 18. November, daß in Bayern Leben und Eigentum nicht gefährdet sei, sänge geradezu weitenfremd.

Genosse Vogel trägt ferner ein sehr erdrückendes Tatsachenmaterial vor über geplante und ausgeführte Attentate, Ueberfälle auf Republikaner und Juden, Entwürfen von Gewerkschaftshäusern, Demolieren sozialdemokratischer Zeitungsdruckereien, Morde und Mißhandlungen ungeschützter Arbeiter usw.

Demgegenüber habe Kahr gar nichts getan;

er habe im Gegenteil durch sein Streikverbot die Unternehmer unterstützt, durch Ueberraschungen sich Blamagen geholt, durch Beschuldigung gefuchter Verbrecher, wie Ehrhardt, Kahlbach, Heiß usw., den Weg der Ungeheuerlichkeit aufgezeigt. Die faschistischen Bänder an der thüringischen und sächsischen Grenze wurden aus Reichsmitteln von der bayerischen Regierung unterhalten. Unreife Jungen von 16 bis 19 Jahren liefen bewaffnet herum, ausgestattet mit Waffenpatenten; die

Aufhebung des Belagerungszustandes

sei im Interesse der Reichseinheit dringlich.

Dr. Kahl (D. Sp.) hält den Belagerungszustand vom juristischen Standpunkt für sehr anfechtbar, stellt aber den Antrag, die Sitzung für diesen Tag zu beenden und die Weiterberatung für einen späteren Termin vorzunehmen. Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte findet Fortberatung statt.

Sehr stilllos benahm sich der reaktionäre Augsburger Staatsanwalt Emminger von der Bayerischen Volkspartei; er dürfte wohl der schlechteste Verteidiger selbst des schlechtesten Systems Kahr-bergners sein. Juristisch faßt er, veruchte auch gar nicht von dieser Seite die Position zu halten, nachdem der Volksparteier Kahl sich seiner Ansicht entgegenstellte.

Scharf eine Genossin Böckl mit Herrn Emminger ins Gericht; Kahr unterscheidet sich von Hitler u. Gen. nur darin, daß er den Putsch zu anderer Zeit wollte. Auf seinem Regierungsgedäude wehe ebenso wie auf dem bayerischen Kriegsministerium die schwarzweißrote Fahne.

Gen. Rosenfeld nagelte das völlige Schweigen Emmingers als Jurist fest und verlangte, die Vertreter der bayerischen und der Reichsregierung möchten

auf das vorgelegene Tatsachenmaterial antworten.

Gen. Simon-Franken brachte noch eine Anzahl Terrorakte und Uebergriffe der Hitlerbanden in Nürnberg und anderen nordbayerischen Orten vor. Bewaffnete Jugendlächer hatten Waffenpatente vom Staatskommissar Gareis in Händen, die „Weiße Fahne“ in Nürnberg konnte am 12. November trotz Verbot mit den schamlosen Hejratikeln erscheinen, während der sozialistischen Presse die Abmonition angedroht wurde für den Fall, daß etwas gedruckt würde.

Der bayerische Gesandte v. Preger erklärte, daß wenn der Rechtsausschuß und der Reichstag die Aufhebung des bayerischen Belagerungszustandes beschließen sollten, der schwerste Konflikt zwischen dem Reich und Bayern entstehen würde. Es handle sich nicht um juristische, sondern um

rein politische Machtfragen.

Abg. Düringer machte recht zweifelhafte juristische Ausführungen, die zur Rettung der Situation beitragen sollten, aber lediglich die deutschnationalistische Auffassung und den Konflikt mit der bayerischen Reaktion zum Ausdruck brachten.

Der unterdessen erschienenen Abg. Dr. Herzfeld glaubte sich dochhin rechtfertigen zu sollen, daß ja die Sozialdemokraten den Antrag seiner Fraktion begründen konnten, verzog aber anzugeben, was mit dem kommunistischen Antrag geschehen wäre, wenn unsere Genossen so wenig Interesse wie er bekundet hätten.

Gen. Goldmann-Franken erklärt, daß durch Aufruf der bayerischen Volkspartei die gesamten Rechtsausschüsse dort eingetreten wären. Die etwa 3000 Verordnungen und Verfügungen lägen reiflos auf dem Papier, soweit sie nicht brutale Anwendung auf die Arbeiterparteien gefunden hätten. Das Verhalten Kahr beim Hitler-Putsch wirkte komisch und lächerlich, und zwar um so mehr, als man in ihm den starken Diktator suchen wollte.

Nachdem noch Gen. Kadbruch die juristische Unhaltbarkeit der Aufrechterhaltung des bayerischen Belagerungszustandes drastisch nachgewiesen, wurde noch recht schwachen Ausführungen des Demokraten Hamann ein von ihm gestellter Antrag, monach die Regierung das vorgelegene Material prüfen solle, mit Mehrheit angenommen.

Die bayerischen Zustände werden also nach recht oft zum Schanden der deutschen Republik die breite Öffentlichkeit beschäftigen.

Der „Volks-Bote“, unser Stettiner Parteiblatt, ist erneut auf die Dauer von 7 Tagen verboten worden. Es ist dies bereits das dritte Verbot und das zweite innerhalb des Monats November!

Amtliche Devisenkurse.

	22. November		20. November	
	Geld	Brief	Geld	Brief
	M = Millionen Mark, T = Tausend Mark.			
1 holländ. Gulden	159,0000 M	160,4000 M	158,0000 M	159,7910 M
1 argent. Pap.-Pis.	129,6750 M	130,3250 M	127,8800 M	128,3200 M
1 belgischer Franc	199,5500 M	200,5000 M	199,2500 M	199,4750 M
1 norwegische Krone	61,6935 M	61,9545 M	60,8475 M	61,1525 M
1 dänische Krone	72,6180 M	72,9820 M	71,8200 M	72,1800 M
1 schwed. Krone	110,2240 M	110,6780 M	109,7250 M	110,2720 M
1 spanische Real	10,7730 M	10,8270 M	11,1720 M	11,2250 M
1 japan. Yen	199,5000 M	200,3000 M	199,5000 M	200,8000 M
1 australien. Pils.	1,8840 M	1,9440 M	1,79350 M	1,89450 M
1 Pfund Sterling	183,4000 M	184,6000 M	179,5000 M	181,4500 M
1 Dollar	41,8950 M	42,1050 M	41,8250 M	42,1050 M
1 franz. Goldfranc	2,91420 M	2,92580 M	2,88410 M	2,91480 M
1 brasilian. Milreis	859,1000 M	860,9000 M	851,120 M	852,180 M
1 Schweizer Franc	72,8175 M	73,1825 M	72,9100 M	73,2810 M
1 spanische Peseta	54,0830 M	54,9870 M	54,2840 M	54,5960 M
1 türk. Lira (abget.)	5,8582 T	5,9148 T	5,5633 T	5,6247 T
1 sächsische Krone	12,1695 M	12,2305 M	12,1695 M	12,2305 M
1 ungarische Krone	21,9450 M	22,0550 M	21,7455 M	21,8545 M
1 bulgarische Lewa	34,914 T	34,918 M	33,915 M	34,085 M
1 jugoslaw. Dinar	47,581 M	47,719 M	46,284 M	46,516 M

Goldanleihe 4200.000.

Loftertermin im Pehower Forst.

Vorkläufige Vernehmungen auf Pehow und in Glindow.

Im Pehower Forst, dem Schauplatz der letzten blutigen Schießerei zwischen dem jungen Kahr und den Glindower Einwohnern Körner und Kiebler, fand gestern ein Loftertermin statt, an dem der Potsdamer Untersuchungsrichter, Landrichter Dr. Boehming, der Erste Staatsanwalt Gerlach und die zuständigen Vertreter der Polizei und Gemeindebehörden teilnahmen. Vom Forsthaus Kamerode, wo sich alle Beteiligten, darunter die Frauen der beiden Einwohner und deren drei Söhne versammelten, begab man sich zu dem zwei Kilometer entfernten Waldstück am Paddenberg an der Fahrstraße Kamerode-Pehow, wo der Zusammenstoß am Montagabend stattgefunden hatte.

An Ort und Stelle, wo nach ein Teil des dort geschlagenen Ausholzes, das Kahr an den Bauunternehmer Kaus in Glindow verkauft hatte und von dem Körner und Kiebler einen großen Teil bereits ausgelassen hatten, lagert, fand man noch die Spuren des heftigen Kampfes. An der betreffenden Stelle, im Straßengraben, war im Umkreis von einigen Metern das Erdreich aufgewühlt, das Moos herausgerissen, überall waren auch noch Blutspuren sichtbar. Die Angehörigen Körners und Kieblers wollten aber von einem angeblichen Kampf gar nichts gehört haben. Sie gaben zu, daß sie auf zwei mitgeführte Handwagen im ganzen 48 Stück Ausholz von je zwei Meter Länge geladen hätten, als plötzlich der junge Kahr mit seinem Hund aufgetaucht sei. Er habe sofort einen Schreckschuß in die Luft abgegeben und „halt, Hände hoch“ geschrien. Dann habe er sie bis zum Waldrand getrieben und dort plötzlich, ohne daß man ihn auch nur angerührt hätte,

zwei Schüsse abgefeuert.

die Kiebler in den Unterleib und Körner in den Oberarm schenkel traf. Vom Walde begaben sich dann die Gerichtsbeamten nach Schloß Pehow, wo der junge Kahr daniederliegt. Er befindet sich in Schutzhalt. Das Schloß wird von Schutzpolizei bewacht, da man auch mit etwaigen Angriffen der Glindower Bevölkerung rechnen muß. Kahr ist infolge seiner schweren Kopfverletzung nicht transportfähig. Aus diesem Grunde konnte gestern auch noch keine protokolllarische, sondern nur eine informatorische Vernehmung des jungen Kahr durch den Untersuchungsrichter vorgenommen werden. Kahr schildert das Zusammentreffen im Walde zunächst ebenso, wie die Angehörigen der beiden Arbeiter, dagegen weicht seine Darstellung dann in der Schilderung der Vorgänge, die sich am Waldbrand abgespielt haben, ganz erheblich von jenen Aussagen ab. Er erklärte, daß er die Holzstöße aufgefördert habe, das geflozene Holz nach der Hegelei Lötlich zu bringen. Nach längerem Hin und Her wären die Leute auch anscheinend darauf eingegangen. In dem Augenblick aber, in dem er an den Handwagen herangeraten sei, wäre Körner auf ihn zugegesprungen und hätte ihn an den Armen ruckwärts zu Boden gerissen. Im Straßengraben sei es zu einem heftigen Ringen gekommen, in dessen Verlauf Körner mehrfach mit einem stumpfen Gegenstand auf ihn eingeschlagen habe. Mit Wut habe er, Kahr, seine an einem Riemen hängende Pistole ergriffen und auf den auf ihm liegenden Mann einen Schuß abgegeben. Als sein Angreifer trotzdem nicht abgetreten habe, auch Kiebler auf ihn einschlug, habe er zum zweiten Male auch auf diesen geschossen. Darauf habe er die Bestattung verloren. Erst nach längerer Zeit sei er wieder zu sich gekommen und habe sich dann nach Glindow in die Wohnung des Gendarmen geschleppt, wo ihm ärztliche Hilfe zuteil wurde. Seine Pistole, ein Armeerevolver, ist ihm, während er bewußtlos lag, geraubt worden. Im Anschluß daran wurden

in Glindow

der Arbeiter Kiebler, der im Krankenhaus liegt, und der Arbeiter Körner in seiner Wohnung einer Vernehmung unterzogen. Beide sind nicht lebensgefährlich verletzt. Im Gegensatz zu ihren Frauen geben sie zu, daß sie auf Kahr eingeschlagen haben, doch behaupten sie im Widerspruch zu diesem, daß er zuerst, ohne irgendwelchen Anlaß gehabt zu haben, geschossen und daß sie infolgedessen aus Notwehr gehandelt hätten. Unmittelbar nach dem Vorfall begaben sich die zuständigen Landjäger an den Tatort, wo sie die Spuren eines heftigen Kampfes feststellten. Ein Teil des Holzes lag auf der Straße verstreut. Im Graben fanden sie neben Blutspuren die Wirtsbüchse des jungen Kahr. In Glindow selbst hat dieser Vorfall große Erregung hervorgerufen. Ein Trupp von 150 Mann zog zur Gendarmestation und forderte die Beamten auf, sie nach Pehow zu begleiten und Kahr herauszuholen. Erst nach längerer Zeit gelang es den Landjägern, die Menge zu beruhigen. Am nächsten Tage erschien dann in Glindow und Pehow ein großes Aufgebot von Schupo, die dort bis auf weiteres verbleiben soll. Die Polizeibeamten beschlagnahmten bei den Glindowern Kommunisten eine Anzahl Gummihüpfel und Teilschläger, die aus einer Metallspirale mit Holzgriff und Metallkopf mit fünf langen Dornen besteht. Am gestrigen Vorklagevormittag bildete sich in Glindow ein etwa 150 Personen starker Demonstrationenzug, der zur Protestversammlung nach Werder marschieren wollte. Die Schutzpolizei griff ein und löste mit aufgepflanztem Seitengewehr den Demonstrationenzug schließlich auf.

Bluttat bei Bernau.

Ein Gutsinspektor von Felddieben mit einem Stein erschlagen.

In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch wurde der 22jährige Inspektor Pasche des Gutes Lohmit bei Bernau durch drei Getreidediebe, die von dem Inspektor und einem Hütschubbeamten beim Ausplündern einer Getreidemiete betroffen worden waren, auf dem Wege nach dem Gute ermordet.

Pasche hatte den Furwächter beauftragt, noch weiter bei der Miete Wache zu halten, während er bewaffnet mit den drei Getreidedieben den Weg nach dem Gute antrat. Etwa 10 Minuten von der Miete entfernt, auf der Chauffee nach dem Gute, sind die drei Felddiebe über den Inspektor hergefallen und haben diesen zu Boden geschlagen. Der Inspektor hat von seiner Waffe Gebrauch gemacht und geschossen, wahrscheinlich auch einen der Diebe schwer getroffen. Er ist dann von den Dieben überwältigt worden und ihm schließlich mit einem etwa 50 Pfund schweren Stein, wie er am Boden lag, der Schädel eingeschlagen worden. Die Täter haben dann den Mann dort liegen lassen, haben ihren durch einen Schuß schwer verletzten Komplizen nach einem etwa 500 Meter von dem Tatort entfernt liegenden Tümpel getragen, ihn hier notdürftig vom Blute befreit und sind dann entkommen. Der Wächter, der des Schießens gewohnt war, wurde durch den Schuß verwundet und hat sich sofort auf den Feldweg nach dem Gute begeben, wo er den Inspektor bereits tot auf der Feldmitte nahe der Chauffee gefunden. Der Gutsbesitzer wurde nun benachrichtigt und die Kriminalpolizei alarmiert. Ein Berliner Beamter mit seinem Hund ist am Donnerstagmorgen sofort von der Berliner Kriminalpolizei an den Tatort entsandt worden. Man hat nun eine 500 Meter lange Blutspur von dem Tatort bis zu dem Tümpel auf dem Felde vorgefunden, welche darauf schließen läßt, daß die beiden Komplizen den Schwerverwundeten fortgetragen haben. Von dem Tümpel aus fehlt jede Spur. Der Hund konnte nur noch feststellen, daß die Täter dann sich nach der nachgelegenen Chauffee, welche nach Müllersdorf und der nächsten Station führt, hingewandt haben. Von Seiten des Gutsbesitzers ist eine Belohnung von 500 Goldmark auf die Ermittlung der Täter ausgesetzt worden. Außer dieser Belohnung wird noch eine weitere von Seiten der Behörde ausgesetzt werden. Nachrichten in dieser Angelegenheit nimmt die Berliner sowie auch die Bernauer Kriminalpolizei entgegen. Es ist anzunehmen, daß es sich um Berliner Täter handelt, die ihren wahrscheinlich schwerverletzten Komplizen nach Berlin mitgenommen haben, um ihn hier in ärztliche Behandlung zu geben.

Immer auf dem Posten.

Folgendes wird durch eine Polizeikorrespondenz mitgeteilt:

„Bestern mitlag gegen 12 Uhr erfuhre die Wilmersdorfer Polizei, daß in der Nähe von Paulsborn im Grünewald proletarische Hundertschaften abhielten. Es wurde sofort ein Zug der ersten Wilmersdorfer Bereitschaft der Schutzpolizei dorthin entsandt. Die Beamten, welche auf Kraftwagen sich Paulsborn näherten, bemerkten etwa 200 Personen in einem geschlossenen Zuge. Begleitende Radfahrer schienen die Teilnehmer gewarnt zu haben; der Zug löste sich nämlich plötzlich auf, und die Teilnehmer zerstreuten sich nach allen Richtungen. Da sie auf wiederholten Anruf nicht stehen blieben, gab einer der Beamten einen Schuß ab, worauf etwa 8 Personen festgenommen werden konnten. Bei körperlicher Untersuchung fand man fünf Schlagringe, eine Sammelliste für den kommunistischen Kampffonds, in die bereits 700 Milliarden Mark eingezeichnet waren, kommunistische Flugblätter, Beiratsbeschlüsse, einen Aufruf der Anarchistengruppe Schönberg und anderes mehr. Die Festgenommenen sind dringlich verbüchlicht, sich an der Bildung verbotener Hundertschaften beteiligt zu haben, und wurden der Abteilung I A des Polizeipräsidiums zugeführt.“

Die Berliner Bevölkerung kann also wieder einmal atmen; 200 Mann, davon einige mit Schlagringen bewaffnet, haben die Ruhe bei Paulsborn durch einen geschlossenen Spaziergang gestört. Gott sei Dank ging noch alles gut ab, denn die findige Polizei fand die Sammelliste mit den darauf eingezeichneten 700 (Sprich: siebenhundert) Milliarden Mark, was für die Spelung der „proletarischen Hundertschaften“ ein knappes Brot ergeben hätte. — Unseres Erachtens dürfte die Polizei im eigenen Interesse aber besser tun, derartig „aufregende“ Mitteilungen lieber nicht der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, so gewissermaßen aus Freigedanken.

Die Schande der Judenhege.

Nach den Russischen in der Kaiser-Wilhelm-Straße hatte gestern die „Deutsche Liga für Menschenrechte“ eine Versammlung über „Die nationale und kulturelle Schande der Judenhege“ einberufen. Als erster Redner sprach Landtagsabgeordneter Otto Ruzhke. Einige antisemitische Schreihäse fertigte er gleich einmündig seiner Darlegungen so schlagfertig ab, daß sie der Bächerlichkeit anheimfielen und für diesen Abend genug hielten. Der Redner ging dann auf sämtliche antisemitischen Schlagworte ein. Er zeigte, daß nicht die Juden, wie Kuntze wissenschaftlich irreführend behauptet, sondern Hasenstien an der Inflationspolitik mit ihren furchtbaren Schädigungen der Hauptschuldige sei. Mit Worten wie Graf Reventlow, der den Juden die Schuld an dem Ruhestreik der Franzosen zuschieben wollte, könne sich nur der Psychiater, nicht der Politiker befassen. Der Mann, der am kräftigsten dem Ruhestreik der Franzosen zu begegnen suchte, war Walter Rathenau, ein Jude, während der Deutsch-nationale Hugenberg bereits in der Nationalversammlung aus Opposition gegen das Reichslogo mit dem Gedanken des Ruhestreiks der Franzosen als kleinerem Übel spielte. „Bereit mit Deutschland ging es“, sagte der Redner unter körnlichem Beifall, „genau seit dem Tage, als die deutschösterreichischen Kugeln Walter Rathenau niederstreckten.“ Die Judenhege in Berlin sei von ganz bestimmten politischen Motiven geleitet gewesen; deshalb habe man sich an die ausgehungerten und leicht anzubringenden Erwerbslosen gewandt. Dabei habe das Schicksal von den „Ostjuden“ eine Hauptrolle gespielt. Die Ostjuden — 35 000 bis 40 000 an der Zahl — seien aber gerade von der früheren Heeresverwaltung zwangswelke nach Deutschland geschickt um kriegsindustrielle Arbeit zu leisten. Darüber hinaus sei die Bewegung der Ostjuden nach dem Westen Europas und weiter nach Amerika ein geschichtlicher Ummwälzungsprozess, wie er immer noch großer politischer Ummwälzung, wie in unserer Zeit, eingetreten sei. 90 Proz. der gepflanzten Ostjuden wohnen sich vor 1918 in Berlin.

Als zweiter Redner schilderte Genosse Pastor Franke an Hand der Geschichte, wie die Juden zungangsweise durch Gewalt und grausame Geleite zur Befähigung im Handel und im Finanzwesen gebracht worden seien. Nützlich sei auch die Geschichte der Juden in Deutschland gewesen. Wie man auch den Juden beurteilen möge, eins könne man ihm nicht vormerken: die deute Unterwürfigkeit vor Gewalt und Blutmenschen, die zu den Bargängen in Bayern und leihen Eubus auch zum Ausbruch des Weltkrieges geführt hätten. (Gongankolender Beifall.) Die Erkenntnis des zeitigen Menschen als des höheren Typus des Menschen, der am Kreuze um seine Menschenwürde zu leiden wisse, sei bei den Juden uralt; das hätten sie vor uns voraus, das könnten und müßten wir von ihnen lernen.

Eine erfreuliche Spende für Bedürftige. Dem Wohlfahrtsamt Friedrichshagen sind von dem Kaufmann Alfred Adomat, Siedtenberg, Euplonsstr. 37, in dankenswerter Weise neben 10 Sack Wehl und 5 Sack Haferlocken für November und Dezember wöchentlich je 50 Brote zur Verteilung an Bedürftige zur Verfügung gestellt worden.

Republikaner herant! Der republikanische Jugendbund „Schwarz-Rot-Grün“, Charlottenburg, veranstaltet am Donnerstag, 22. d. M. (heute) um 7,8 Uhr im Fontane-Konzertsaal, Emdelstr. 20/21, eine große Verberandung. Das Thema lautet: „Unter Weh“.

Zu der Reihe „Reform der höheren Schulen“ spricht Oberstudienrat Schwarz, Lübeck heute, Donnerstag, 22. Nov., abends 7, Uhr, über „Lehr- und Kursunterricht an höheren Schulen“, während Freitag, 23. Nov., abends 8 Uhr, Knoppe über „Erdbundliche Arbeit unterricht“ spricht. Die Vorträge finden im Werner-Stemmler-Rechenhaus, Eichenlaubstr. 47/48, statt. Karten in der „Westfrense“, Wandeburger Str. 7, und im Vortragsaal.

Die Gesellschaft für Segelflieger veranstaltet heute, Donnerstag, den 22. Nov., abends 8 Uhr, in der Schaula, Reichstr. 126 (Gartenhof Reichstr.)-Dramenburger Tor) einen Vortrag von Herrn Dr. med. D. Berg über „Hirnbohrung und Trepanation“. Frequentantwortung. Eintritt: halbes Pfund einer Straßendankart. Gatte haben Zutritt.

Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V., Berlin E. 10, Reichstr. 17, hat für Donnerstag, den 23. November, in der E. 10 a 18 Oper, Unter den Linden, 11, Uhr vorm., eine Feier vorbereitet, die durch Vorträge des Erläuterungsausschusses und des Reichlichen Kriegsgräberfürsorgeausschusses sein wird. Eintrittskarten sind zu etwa dem vierten Teile der üblichen Preise des Opernhouses bei Pote & Pote, Leipziger Str. 27, und Lantienstr. 7, bei Beckheim und eine Stunde vor Beginn der Feier an der Kasse des Opernhouses erhältlich. Der Reinertrag der Veranstaltung wird der Kriegsgräberfürsorge zugewandt.

Erdstöße und Erdbeben in Südwesteuropa. Aus Südfrankreich, besonders aus der Gegend von Toulouse, werden größere Erdstöße gemeldet. In einigen Orten der katalanischen Pyrenäen in Spanien fand ein Erdbeben statt. Mehrere Häuser sind zerstört. Menschenleben sind jedoch nicht zu beklagen.

Groß-Berliner Parteinahrichten.

Bezirksortland.

Sonnabend, den 25. November, abends 6 Uhr, Sitzung im Jugendheim, Lindenstr. 3.

1. Kreis Mitte. Der Kreisvertrieht soll bekannter Umstände halber am Freitag nicht stattfinden. Höhere Bekanntheit erfolgt nach.
2. Kreis Charlottenburg. Ortsausschuß für Arbeiterwohlfahrt: Freitag, den 23. Nov., 7 Uhr, Sitzung aller in der Wohlfahrtsfrage tätigen Personen im Reichstr., Zimmer 4. Jede Mitteilung sowie die Wahlrechtskommission müssen vorherreichen.
3. Kreis Charlottenburg. Freitag abend, um 7 Uhr, Funktionärsversammlung bei Schloß, König-Albrecht-Straße 6. Jungsozialisten. Gruppe Friedrichstraße, 7, 8 Uhr, in der letzten Arbeitstagung am Ostbahnhof 17, Befabend.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Wund religiöser Sozialisten, Ortsgruppe Berlin SW, Donnerstag, den 22. November, abends 7, Uhr, bei Döhlte, Bergmannstr. 60. Vortrag: „Sozialismus, Kommunismus, Anarchismus“. Referent: B. Kefenicht. Eintritt frei.

Gewerkschaftsbewegung

Zur Sonderkonferenz von Ortsausschüssen.

In der Morgenausgabe des „Vorwärts“ vom 14. November veröffentlichten wir eine Notiz des Berlin-Brandenburgischen Bezirkssekretariats des ADGB, wodurch die Ortsausschüsse aufgefördert wurden, sich nicht an der von einigen unter kommunistischer Herrschaft stehenden mitteldeutschen Ortsausschüssen einberufenen Reichskonferenz der Ortsausschüsse zu beteiligen. Gegen den in der Notiz erhobenen Vorwurf, daß die Einberufung der Konferenz ohne Zustimmung mit dem Bundesvorstand einen erneuten Zerplatzungsversuch darstellt, legt eine die Unterzeichner tragende Zuschrift der beteiligten Ortsausschüsse Einspruch ein. Nach dieser Zuschrift soll es gerade Zweck der Konferenz sein, der Erhaltung und der Rettung der Gewerkschaften vor dem Zerfall, in dem sie sich gegenwärtig befinden, zu dienen.

Dazu schreibt uns der Vorstand des ADGB:

„Die selbstlose „Hilfsleistung“ berufener und unberufener Kreise für die Gewerkschaftsbewegung ist nach dieser Leistung wirklich nicht mehr zu überbieten. Nachdem die bisherigen Versuche, mit Hilfe wilder Betriebsrätekonferenzen die Gewerkschaften der kommunistischen Partei dienstbar zu machen, nicht zu dem gewünschten Ziel geführt haben, soll zur Abwechslung einmal eine Reichskonferenz der Ortsausschüsse dazu dienen. Propagiert wird die Konferenz wieder von der kommunistischen Gewerkschaftszentrale, die nicht nur in der Person ihres Sekretärs Schönedeker den vorbereitenden „Geist“, sondern auch das Geld für die Veranstaltung zur Verfügung stellt. Nicht die Förderung des Zusammenhalts in den Gewerkschaften ist Zweck der Veranstaltung, sondern wie besagter Schönedeker in der vorbereitenden Zusammenkunft der Unterzeichner des Aufrufs zu der Reichskonferenz betonte: „Damit wird der erste entscheidende Schritt getan, die „revolutionäre Bewegung“ vorwärts zu treiben.“ Welche Auswirkung „dieser entscheidende Schritt“ für die Gewerkschaftsbewegung haben muß, kümmert die Drahtzieher dieser Veranstaltung nicht. Vielleicht fehlt ihnen auch jedes Augenmaß dafür, da sie sich sonst doch wohl hätten sagen müssen, daß die Organisation der deutschen Gewerkschaften auf den Zentralverbänden beruht und den Ortsausschüssen nur ganz bestimmte Aufgaben im Rahmen dieser Organisationen zugewiesen sind. Würden sich die an dieser neuen Zerplatzungsaktion beteiligten Ortsausschüsse mehr auf diese Aufgaben besinnen, den Gewerkschaftsmitgliedern wäre damit mehr gedient.

Um den „revolutionären Antriebe“ der Gewerkschaften zu fördern, tritt man nicht nur für eine enge Verbindung mit den Unionisten und den von den Zentralverbänden abgesplitterten bzw. ausgeschlossenen Gruppen ein, man schreift selbst vor der mikrobräuhlichen Unterschrift der nicht der ADGB angehörenden Funktionäre nicht zurück. Den Beweis dafür bringt folgende

Erklärung.

„Die unterzeichneten Vorstandsmitglieder des Ortsausschusses Halle des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes haben im Interesse und der Einheit der deutschen Arbeiterbewegung den Mitgliedern der freien Gewerkschaften folgendes zu erklären:

1. In der am Dienstag, den 30. Oktober, unter der Leitung des damaligen Vorsitzenden Oskar Fiedler vom Deutschen Holzarbeiterverband stattgefundenen Vorstandssitzung des Ortsausschusses Halle des ADGB, wurde von Fiedler den Vorstandsmitgliedern folgendes unterbreitet:

Die Ortsausschüsse Wittenberg, Weiskens und Eisleben hätten sich an den Ortsausschuss Halle gewandt zur Einberufung einer Bezirkskonferenz, um Stellung zu nehmen zu den Vorgängen in Sachsen.“

Was den Unterzeichneten wurde daraufhin erklärt, daß diese Maßnahme wohl notwendig ist, man aber die Einberufung der Konferenz dem Bezirksausschuss überlassen müsse. Trotzdem wurde dann zum Schluß Einverständnis darüber erzielt, daß von den Ortsausschüssen auf Grund des Bezirksstatuts die Initiative für eine Bezirkskonferenz in die Hand genommen werden könne.

2. Um mit den Thüringer Ortsausschüssen wegen der wachsenden Gefahr für die thüringische Arbeiterchaft Fühlung zu nehmen, wurde grundsätzlich zugestimmt, die Konferenz nach Weimar zu verlegen.

3. Die jetzt in der Presse bekanntgewordene Konferenz aller oppositionellen Ortsausschüsse Deutschlands ist von den Unterzeichneten in keiner Weise einberufen worden. Die Unterschriften unter dem Aufruf sowie der Hallische Ortsausschuss ist von gewissenlosen Fälschern mißbraucht worden.

4. Die Unterzeichneten lehnen jegliche Delegation für diese wilde Konferenz ab und warnen die Mitglieder der freien Gewerkschaften vor einem Besuch, da hierin eine Zerplatzung der Arbeiterbewegung liegt.

Flücht, Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Sorgenfrei, Deutscher Eisenbahnerverband,

Krüger, Verband der Deutschen Buchdrucker,

Rauschenbach, Verband der Metzger.

Die gesunde Einsicht unserer Gewerkschaftsmitglieder im ganzen Reich wird selber am besten beurteilen können, ob die neueste kommunistische Aktion der Zerplatzung oder der Erhaltung der Gewerkschaften dient. Sie werden trotz der in Aussicht gestellten freien Verpflegung und Vergütung der Reisekosten die Einberufer der Konferenz im kleinen Kreise unter sich selbst lassen.

Eine feine Rechnung.

In den Kreisen der Angestellten hat das Verhalten der Demokraten im Unterausschuss des ständigen Landtagsausschusses, der sich mit dem Beamtenabbau in Preußen zu befassen hat, starkes Befremden und lebhaftes Entrüstung erregt. Nach dem „demokratischen“ Vorschlag soll nämlich die Zahl der entlassenen

Angestellten auf die 25 Proz. der Beamtenentlassungen an gerechnet werden. Die Angestellten befürchten nun, nicht ohne Grund, daß wenn nach dieser Rechnung verfahren wird, das Beamtenabbaugesetz zu einem besonderen Beamtenabbaugesetz gestaltet wird, indem sämtliche Angestellte auf die Straße fliegen, so daß die 25 Proz. Entlassungen erreicht sind und die Beamten vollständig verschont bleiben. Einen besonderen Anreiz zu ihrer Entlassung halten die Angestellten als durchaus überflüssig.

Deutschnationale Goldlöhne.

Der Zentralverband der Angestellten forderte für die Exportbranche Goldlöhne in Höhe von 75 bis zu 175 M. für Lehrlinge 20 bis 40 und für Jugendliche 25 bis 70 M. Während der Gewerkschaftsbund der Angestellten sich dieser Forderung nach gemeinsamer Aussprache mit kleinen Abweichungen angeschlossen, forderte der deutschnationale Handlungsgehilfenverband niedrigere Gehaltsätze, die er jedoch am Verhandlungstage verdoppelte. Der Arbeitgeberverband bestritt die Berechtigung der Höhe der Forderung und bot erheblich niedrigere Gehaltsätze.

Der Zentralverband der Angestellten lehnte in Gemeinschaft mit den Gewerkschaftsbänden das Angebot als zu niedrig ab, indem er darauf bestand, die ursprünglich eingereichten und den Friedensnominalsätzen gleichkommenden Beiträge für die Gewerkschaftsbildung auf Goldbasis zugrunde zu legen. Der Arbeitgeberverband machte daraufhin einen zweiten Vorschlag, der folgende Sätze vorschlug: Lehrlinge 15, 20 und 25, — M., Jugendliche 33, —, 45, — und 55, — M., Gruppe I 70, — M., Gruppe II 100, — M., Gruppe III 130, — M., Gruppe IV 160, — M.

Auch diese Sätze waren absolut unzureichend und wurden sowohl der Metallarbeiterversammlung des Zentralverbandes der Angestellten wie des Gewerkschaftsbundes der Angestellten entsprechend einer vorgehenden Verständigung zur Ablehnung empfohlen und von den Metallarbeitern abgelehnt.

Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband hat, trotz dieser Verständigung, in Gemeinschaft mit dem Verband der weiblichen Handels- und Kurranonangestellten diesen absolut unzureichenden Sätzen seine Zustimmung gegeben, trotzdem er wahrte, daß durch die Annahme dieser Sätze rechnerisch sich das Resultat ergäbe, daß eine große Anzahl von Angestellten auf Grund der erhaltenen Monatsabgaben noch Beiträge hätten herauszahlen müssen.

Gestützt auf diese Zustimmung des DNV haben die Arbeitgeber natürlich keine Verantwortung gehabt, ein weiteres Zugeständnis zu machen; sie bildeten lediglich zu, daß bei Auszahlung in Papiermark ein 10prozentiger Aufschlag gemacht werden sollte. Interessant war die Begründung des DNV für die Annahme der unzureichenden und unter dem legitimeinstimmigen Indexlohn liegenden „Goldgehaltsätze“.

Er betonte, daß die Mitglieder seines Verbandes „nur schweren Herzens“ zugestimmt hätten in der Hoffnung, daß eine Aufwertung im nächsten Monat erfolge und in der Würdigung der „Kostlage“, in der sich die Arbeitgeber der Branche befinden! Diese Begründung ist charakteristisch für die Gewerkschaftsarbeit des DNV.

Der Zentralverband der Angestellten hat in Gemeinschaft mit dem Gewerkschaftsbund der Angestellten den Schlichtungsausschuss angerufen und wird noch Verhandlung nehmen, die Angestellten der Exportbranche eingehender über den Verlauf dieser nicht uninteressanten Lohnbewegung zu berichten.

Die Justizbeamten zum Beamtenabbau.

Die Mitglieder des Reichsverbandes der Justizbeamten, Landesverband Preußen, versammelten sich am Mittwoch in Havelands Festlohn, um zu dem von der Staatsregierung dem ständigen Ausschuss des Landtages zugeleiteten Entwurf einer Personalabbauperordnung für Preußen Stellung zu nehmen.

Der Verbandsvorsitzende Linke erörterte den geplanten Abbau und machte auf die verschiedenen Mängel aufmerksam. Anstatt mit dem Abbau bei den höheren Beamten zu beginnen, werden die unteren Stufen davon betroffen. Leute, die oft über 21 Jahre im Dienste standen, den Krieg mitgemacht haben und Militäranwärter sind, sollen bei diesem Abbau auf der Strecke bleiben. So, es hat den Anschein, als ob man vorwärts strebenden Beamten der unteren Stufen die absolut auf dem Boden der Verfassung stehen, den Weg versperren will. Die Justizbeamtenentschaft wird sich dagegen zu wehren wissen.

In der Diskussion gab als Vertreter des Preussischen Justizministeriums Ministerialrat Weber bekannt, daß es der Wunsch der preussischen Justizverwaltung sei, alle Beamtenorganisationsaktionen bei der Durchführung des Abbaues zu hören. Im übrigen liege bis jetzt nur ein Entwurf dazu vor. Theodor Kottur als Vertreter des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes des Reiches streifte kurz die Befordungsfrage und führte weiter aus, daß man das Ermächtigungsgesetz wohl dazu benutzt habe, einen Beamtenabbau einzuführen, aber nicht dazu, dem Beamtenabbaugesetz näher zu kommen. Aufgabe der Beamtenentschaft sei es, ihre Gewerkschaften zu stärken, um so geschloffen und einig dazu zu stehen. Nach einem Schlusswort Linke nahmen die Versammelten einstimmig eine Entschließung an, worin unter Berücksichtigung der finanziellen Notlage des Staates ein Abbau von Beamten bei verschiedenen Verwaltungen anerkannt, von der Volkswirtschaft jedoch erwartet wird, daß sie sich bei der Verabschiedung der Verordnung von sozialen Gedanken leiten läßt und der Abbau erst nach einer gründlichen Neuordnung der Staatsbehörden erfolgt. Eine Neuordnung müsse auf der Grundlage erfolgen, daß die Arbeiten höher beförderter Beamten auf solche mit geringerer Beförderung übergehen. Es dürfen nicht umgehört Beamte und Angestellte der unteren Befordungsgruppen entlassen und durch Beamte der höheren Gruppen ersetzt werden.

Die Versammelten legen schärfste Verwarnung gegen die Entlassung der Kanzleiangestellten ein und erwarten, daß die bereits ausgesprochenen Ründigungen auf das unbedingt notwendige Maß zurückgeführt werden.

„Von der Volkswirtschaft wird auf das Bestimmteste erwartet, daß im Sinne dieser Entschließung im Staatsinteresse die Personalabbauperordnung beschloffen und deren Ausführung überwacht wird.“

Weiter protestierte die Versammlung gegen die Wochenzahlung, gegen die Zeitkontrolle, die für die Kanzleibeamtenschaft wieder eingeführt werden soll, und gegen die Massenkündigung von Kanzleibeamten. In einer weiteren Entschließung stellen sich die Versammelten geschlossen hinter ihre Epigenorganisationen, um mit allen gewerkschaftlichen Mitteln die geplanten Angriffe abzuwehren.

Wutung, Bauarbeiter! Am Mittwoch, den 14. November, sind die Bauanschläger erneut ausgebeutet worden. Die Verhandlungen mit den Unternehmern sind daran gescheitert, daß letztere die Einführung der Lohnarbeit ablehnten, auch den jeweiligen Stundenlohn bei Akkordarbeit nicht garantieren wollten. Sie stellten sich auf den Standpunkt, entweder Akkordarbeit oder Auslieferung. — Wir erlauben nun die Bauarbeiter, den uns aufzunehmenden Kampf dadurch zu unterstützen, daß sie jeden auf den Bauten beschäftigten Bauanschläger auf seine Pflicht aufmerksam machen. Nur solche Bauanschläger, die im Besitze einer Arbeitsberechtigungskarte vom Deutschen Metallarbeiterverband oder vom Verein der Bauanschläger Berlins und Umgegend sind, haben das Recht, Arbeiten auszuführen. Bauanschläger, die diese Arbeitsberechtigungskarte nicht haben, sind als Arbeitsunflüge anzusehen. Bauanschläger, abt Solidarität!

Deutscher Metallarbeiterverband.

Wirtschaft

Der Reichsindex für die Lebenshaltung.

(1913/14 — 1)

Durchschnitt	Mal	3816
„ Juni	7650	
„ Juli	37651	
„ August	586045	
„ September	1500000	
„ Oktober	32600000	
3. September	184261	
10	5051045	
17	14241900	
24	28000000	
1. Oktober	40400000	
8	109100000	
15	691900000	
22	3045000000	
29	13671000000	
5. November	9850000000	
12	21860000000	
19	83100000000	

Steigerung gegen die Vorwoche 280,3 Proz.

Die Lebenshaltungskosten haben sich im Laufe der letzten Woche also nicht ganz verallgemeinert, die Steigerung selbst beträgt knapp das Dreifache. So wenigstens ergeben die Messungen im Reichsdurchschnitt, die für Lohnverhandlungen auch nur dann richtig angewandt werden, wenn man berücksichtigt, daß vom Montag, dem Tag der Erhebung der Teuerungszahlen, zum Dienstag der Dollarkurs um 75 Proz. erhöht worden ist, die Goldpreise des Lebensmittelhandels aber nicht nur um diesen Betrag, sondern noch erheblich darüber hinaus gesteigert wurden. Während in der letzten Woche die amtliche Messung der Lebenshaltungskosten weit über dem Durchschnittskurs des Dollars lag, blieb sie in dieser Woche hinter ihm zurück. Am Wochenanfang standen diesmal die Devisenkurse auf dem taubenmilliardenschwachen, die Lebenshaltungskosten auf dem 831milliardenschwachen Vorkriegsstand. Ob diese Senkung des Lebenshaltungsindex in Gold auf die Tatsache zurückzuführen ist, daß die Marktpreise künstlich niedrig gehalten werden oder bei der Statistik die immer noch etwas hinter der Gesamteuerung zurückbleibenden niedrigeren Preise einzelner ländlicher Gegenden das Gesamtbild verschoben haben, steht dahin. In Berlin jedenfalls läßt sich an Hand wichtiger Lebensmittelpreise erkennen, daß keineswegs von einer Senkung des Goldniveaus der Lebenshaltungskosten, vielmehr von einer wesentlichen Steigerung die Rede sein kann.

Deutsches Kaff für amerikanischen Weizen. Zu dem deutsch-amerikanischen Austauschplan, Weizen gegen Kaff, wird noch bekannt, daß die Kommission der großen amerikanischen Farmervereinigungen, welche gegenwärtig in Deutschland weilt, unter Führung des Herrn Greg Silva das Kaffisindikat, Stickstoffwerte und andere Stellen besucht hat, um sich über die Lage der deutschen Düngemittelindustrie zu informieren und die Möglichkeit einer amerikanischen Weizenlieferung im Austausch gegen deutsche Düngemittel zu studieren. Das Kaffisindikat hat den amerikanischen Vertretern seine Bereitwilligkeit zu entgegenkommenden Vereinbarungen erklärt und sie, da von hier aus der amerikanische Bedarf an Düngemitteln nicht zu beurteilen ist, an die New Yorker Organisation für den Import deutschen Kaffs verweisen.

Oesterreichs Währungsreform. Durch die Ausgabe von neuem Hartgeld aus Nickel und Silber an Stelle des einzuziehenden Papiergeldes soll der Uebergang zur neuen Währung im Verhältnis von 10000 Papierkronen zu einer Goldkrone vorbereitet werden. Die neuen Münzen werden Schilling heißen. Die Regierung legt dem Nationalrat einen entsprechenden Gesetzentwurf vor.

Verantwortlich für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Artur Gatermann; Gewerkschaftsbewegung: J. Schiner; Freiwirtschaft: Dr. John Schönmatt; Soziale und Schlichter: Fritz Kottur; Agrar: Th. Glöck; Familie in Berlin: Berlog; Vorwärts-Berlog G. m. b. H. Berlin; Druck: Vorwärts-Verlagsgesellschaft und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3.

Theater l. d. Königgrätzer Str. 8 Uhr **Don Gill** von d. gr. n. Rosen Komödienhaus 7 Uhr: Mein Vetter Eduard Berliner Theater 7.30: **Dolly** Komische Oper A la endlich 7 1/2 Die größte Revue des Kontinents: **Die Welt ohne Schleier** Apollo-Theater 7 1/2: Alaband. 7 1/2 Die rote Revue **Europa spricht davon!** Bluffe-bundepat Schallplaud. Polakstr. 25 Wier. 2020.

BESTECKE mit u. ohne Silberauflage. Riessenauswahl, nur billige Preisberechnung **M. Dinse, Juwelier** Lichtenberg, Frankl. Allee 202 Nähe Bahnh. Lichtenb.-Friedrichstr. Teleph. Lichtenberg 3322

Preiswertes Angebot! Engl. Leder-Manchester-Arbeits-Gestricke **Hosen** Knaben-Stoff- u. Wasch-Anzüge auch einzelne Knaben-Hosen **München-Gladbach-Hosen-Zentrale** NW 57, Beusselstr. 39, Blauer Laden, am Kinabahnhof Beusselstr. Fahrplandvergütung **Milliarden sparen Sie** bei ERICH SCHULZ Neukölln, Kals.-Friedr.-Str. 220 an der Weichselstr. Für den Winter: Strumpfwaren, Kladdertricks, Trikotasen, Kinderwäters, Wollwaren, Damen-Schleier, Wolle, Nähgarn.

Wohnungstausch in u. nach Berlin sowie von Berlin nach auswärts am schnellsten durch eine Anzeige im **Groß-Berliner Wohnungsanzeiger** als einzige Spezialzeitung für möblierte Zimmer, Wohnungen u. Tauschwohnungen Unter der Rubrik „Möblierte Zimmer zu vermieten“ werden Meldungen von Vermietern kostenlos veröffentlicht. Verband. mit d. „Gr-Berliner Wohnungsanzeiger“ ist der **Anzeiger für Grundstücks- und Geschäftverkäufe** Bei allen Zeitungshändlern und Kiosken zu haben. Verlag und Hauptanzel-annahme: **Zeitungszentrale (ZZ) Aktiengesellschaft** Jerusalemstr. 59 Fernsprecher: Dönh.-ff 3310-3312

Wirklich gut und preiswert kaufen Sie noch im Volksschuhhaus ISMA Köpenicker Straße 68 (1. Haus des Neuen Volkstheaters) **Riesige Auswahl in schwarz, u. farbig, Herren- u. Damenstiefeln sowie Halbschuhen, Kinderstiefeln, Leinenschuhen und Sandalen.**

Zahngebisse Gold-, Silber-, Platin-Bruch- u. Schmelzgebisse **Schneider & Sohn** Franzstr. 15, 1. u. 2. Etage in der Friedrichstraße Inhaber: Erwin Schneider

Kleingärtner Siedler u. Pächter erhalten in allen vor-kommenden Rechtsverhältnissen zuverlässige Auskunft durch den Kommentator von **DR. ED. DAVID** **Die Siedlungsgesetzgebung** einschließlich Heimstättengesetz, Kleingarten- und Pachtgesetzordnung Preis-Grün 2sh geb. ... M. 1,- brosch. M. 0,60 **Buchhandl. Vorwärts** Berlin SW 65, Lindenstr. 2

Verkäufe Qualitätssteppede! aus erster Hand feinstbüg. hübsche Federbetten, Schul-, Kofferstr. 6, an der Köpenickerstr.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw. Bekleidungsstücke 3 (Dollerschleier) verkauft elegante Herrenanzüge, Hüte, Pelote, Sportpelote, Gehörte, Regenmäntel, Seemanns-, Anzeigefle, Graulische, Mantelstücke, Wäsche zu enorm billigen Preisen. Keine Lombardware. **Bekleidungsstücke 4** (Dollerschleier) verkauft maßmäßig hergestellter Anzüge, Pelote, Jagdmantel, Gummis, Sportpelote, Gehörte, Regenmäntel, Anzeigefle, Graulische, Mantelstücke, Wäsche, Reine Lombardware. Bei Rechnung mit Goldscheide 10 Prozent Rabatt. Niema enten!

Möbel Metallbetten, Schlafsofa 3 Goldmark an Patentmatratzen, Polsterauflagen, Kinderhochstuhl, Weider, Gungelstraße 22a, Quergebäude.

Musikinstrumente Klavierspielwerk, Klaviermacher, Violin, Brannentstraße 33. **Flügel, Klavierspielwerk, Klaviermacher, Violin, Brannentstraße 33.** **Flügel, Klavierspielwerk, Klaviermacher, Violin, Brannentstraße 33.**

Kaufgesuche Kaffzucker kauft Einteilstr. 10. **Sädesaufk., Kaffzucker, Schweinehälften, Kaffzucker, Einteilstr. 10.**

Autozubehör Jänbergen, Gähbieren kauft Koffer, Friedrichsgracht 5-6.

Werkzeuge u. Maschinen Angellager, Autoszubehör kauft Gold, dem. Schönhauser Allee 127.

Arbeitsmarkt Stellenangebote **Vorwärts-Austrägerinnen** werden sofort eingestellt Berlin, Rauscher Weg 14/15; Wilhelmstr. 46; Charlottenburg, Gelsenheimer Str. 1; Lichtenberg, Gartenstraße 1; Borsdorf, Str. 37; **Vorwärts-Austrägerinnen** werden sofort eingestellt Berlin, Rauscher Weg 14/15; Wilhelmstr. 46; Charlottenburg, Gelsenheimer Str. 1; Lichtenberg, Gartenstraße 1; Borsdorf, Str. 37; **Vorwärts-Austrägerinnen** werden sofort eingestellt Berlin, Rauscher Weg 14/15; Wilhelmstr. 46; Charlottenburg, Gelsenheimer Str. 1; Lichtenberg, Gartenstraße 1; Borsdorf, Str. 37.